

Veranstaltung des Arbeitskreises „Politik, Wissenschaft und Technik“ auf dem DVPW Kongress „Die Versprechen der Demokratie“ in **Tübingen**, am **Do. 27. September 2012, 15.30-18.00 Uhr**  
(anschließend Mitgliederversammlung u.a. zur Neuwahl der Sprecher/innen)

Organisation: Jan-Peter Voß, Sonja Palfner und Stefan Kuhlmann

## **Vom Wirken der Dinge – Fakten und Funktionalitäten in politischer Praxis und Politikwissenschaft**

**- call for papers -**

Wir laden Vorträge ein, die empirisch oder theoretisch untersuchen, welche Rolle Dingen in der Politik zukommt und welche Wirkung sie haben. Als Dinge verstehen wir dabei all jene Elemente, denen in der Politik Beachtung geschenkt und Einfluss zugemessen wird – allerdings im Sinne sachlicher Notwendigkeiten, die selbst nicht Gegenstand politischer Auseinandersetzung und Gestaltung sind. Sie tauchen im politischen Diskurs als Fakten und Funktionalitäten auf, als *Bedingungen* politischen Handelns.

- Wo grenzen die Dinge Bereiche ab, zu der Politik keinen Zugang hat, definieren also „Sachzwänge“, über die Wissen erlangt werden kann, deren Änderung aber nicht dem politischen Willen obliegt?
- Welche politischen Ordnungsleistungen werden von Dingen erbracht? Was wird an Dinge delegiert?
- Wann werden Dinge in Frage gestellt? Wie entstehen Kontroversen um Fakten und Funktionalitäten? Wo wird ihre Dinglichkeit selbst hinterfragt, so dass sie politisch lebendig werden, als eigener Prozess, Gegenstand oder Akteur von Politik?
- Welches ist die Rolle der Politikwissenschaft in der Definition und Infragestellung der Wirkung von Dingen für die Politik?

Diese Fragen zielen darauf, eine durch Dinge erfolgende Definition und Begrenzung des Raumes zu reflektieren, auf den sich Politik und Politikwissenschaft beziehen können. Erst jenseits der Dinge, die das Notwendige und Mögliche definieren, erstreckt sich der Raum, innerhalb dessen politischer Wille, Entscheidungen und Handlungen wirksam sein können.

Ob als „Natur“ (z.B. Gene, globales Klima oder Marktgesetze) oder „Technik“ (z.B. Flughäfen, Internet oder Wahlverfahren) – es ist weithin ersichtlich, dass Dinge in gesellschaftlichen Prozessen mitwirken. Als Dinge sind sie aber selbst politisch passiv und neutralisiert. Sie werden zu ‚black boxes‘, deren Wirkungen durch Wissenschaft repräsentiert und durch Ingenieure optimiert werden, aber selbst nicht politisch zur Diskussion, Verhandlung oder Abstimmung stehen.

Wissenschafts- und Technikforschung setzt hier an, indem sie den Blick auf die *Herstellung* von Fakten und Funktionalitäten ausweitet. Damit werden die ‚black boxes‘ des Verdinglichten geöffnet und es werden die Prozesse zum empirischen Forschungsgegenstand, in denen Dinge erst zu Dingen

werden, d.h. als sachliche Notwendigkeit und Möglichkeit politischer Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse Geltung erlangen. So kommen unterschiedliche Standpunkte und Kontroversen dazu in den Blick, was ein Ding ist und wie es wirkt, oder ob es überhaupt ein festsehendes Ding ist oder nicht vielmehr ein Politikum. In dieser Perspektive beginnt Politik also nicht erst beim Wirken, sondern schon beim Werden der Dinge.

Folgen wir dieser Ausweitung der Perspektive auf die Herstellung von Fakten und Funktionalitäten, die als Bedingungen der politischen Praxis Wirkung erlangen, dann kommt eine neue Form von Politik in den Blick, eine Politik des Wissens. Diese lässt sich wahlweise als Subpolitik oder, mit Blick auf die hier stattfindende Begrenzung des politischen Raumes selbst, als Metapolitik bezeichnen. Es geht es um die Frage, wo „Wollen“ aufhört und „Wissen“ anfängt. Man könnte auch von einer Art Verfassungspolitik sprechen, bei der im Kleinen und Konkreten die Gewaltenteilung zwischen Wissenschaft und Technik auf der einen und Politik auf der anderen Seite bestimmt wird.

Mit der Thematisierung von Dingen und ihrer Wirkung, sowie der Prozesse, in denen Dinglichkeit konstituiert und hinterfragt wird, möchten wir eine Diskussion dazu anregen, wo die Grenze der Politik liegt, wie sie gezogen wird – und welche Rolle die Politikwissenschaft dabei hat. Wo und auf welcher Basis akzeptiert die Politikwissenschaft Dinge als Grenze ihres Zuständigkeitsbereichs (und übernimmt Fakten und Funktionalitäten von anderen Wissenschaften)? Wie untersucht die Politikwissenschaft die Konstitution von Dinglichkeit und dazu stattfindende Kontroversen in der politischen Praxis (z.B. in der Gesundheitspolitik, Klimapolitik, Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, Infrastrukturpolitik oder Demokratisierungspolitik)? Wie reflektiert die Politikwissenschaft ihre eigene Rolle in der Verdinglichung von Politik selbst, die sie betreibt, wenn sie Modelle, Theorien und Methoden entwickelt, um Fakten und Funktionalitäten der Politik selbst zu etablieren (z.B. zur Funktion politischer Systeme, Modi des Regierens oder Bedingungen der Demokratie)?

Wir bitten um die Einsendung von Abstracts (500 Wörter)  
bis spätestens **31. März 2012** an [jan-peter.voss@tu-berlin.de](mailto:jan-peter.voss@tu-berlin.de)